

Benzin in Fülle

Die bundesdeutschen Tankstellen-Tanks sind voll wie nie. Mehr als erwartet ging der Benzinverbrauch durch Sonntagsfahrverbot, Geschwindigkeitsbegrenzung und Selbstbeschränkung zurück — nach Schätzungen des ADAC und der Bonner Ministerien im Dezember um weit über 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das Ergebnis: Randvolle Tankwagen fahren von Tankwart zu Tankwart und dienen Sprit an. Verkehrsexperte Götz Weich aus der Münchner ADAC-Zentrale weiß: „Die kutschieren durch die Gegend und versuchen verzweifelt, ihren Saft loszuwerden.“ Da auch der Preis ins Rutschen geraten ist, mögen Bonner Planer denn auch nicht ausschließen, daß das erstmals für das Wochenende 19./20. Januar in der Vorwoche vom Kabinett beschlossene Fahrverbot abwechselnd für Autos mit geraden und ungeraden Nummernschild-Endziffern nur von kurzer Dauer ist. Weich: „Das versteht sowieso kein Mensch.“

Steuerfreier Nebenerwerb

SPD-Fraktionsgeschäftsführer Karl Wienand macht sich bei einem Partei-

freund, dem nordrhein-westfälischen Finanzminister Hans Wertz, für Kollegen von der Opposition stark. Auf Biten der Unions-Fraktionsmanager Leo Wagner und Wilhelm Rawe informierte Wienand den Düsseldorfer Genossen von dem Wunsch der christdemokratischen Fraktions-Oberen, ihre monatliche Aufwandsentschädigung (zwischen 3500 und 10 000 Mark) nach dem Abgeordnetendiäten-Gesetz zu behandeln und damit von der Einkommensteuer freizustellen. Eine Reihe von Spitzen-Abgeordneten der CDU/CSU haben bislang darauf verzichtet, diese Nebeneinkünfte dem Fiskus zu melden. Sie berufen sich unter anderem auf eine Erklärung des Finanzamtes Flensburg von 1967, welches das Zubrot ihres (inzwischen gestorbenen) Geschäftsführers Will Rasner von Steuerzahlungen befreite. Doch per Rundschreiben verfügten die Finanzämter im September, alle aus den Fraktionskassen gezahlten Aufwandsentschädigungen seien zu versteuern. Sollte die Düsseldorfer Finanzverwaltung in diesem Sinne entscheiden, „wird bezahlt“ (CDU-Steuerexperte Reinhold Kreile) — und das sei „Sache des einzelnen Steuerpflichtigen“. Die Fraktionskasse werde nicht geschröpft.

Krach um Studenten

Der christlich-soziale Vorsitzende des Bildungsausschusses im Bonner Bundestag, Albert Probst, weigert sich, einen Beschluß des parlamentarischen Gremiums auszuführen. Mit ihrer absoluten Mehrheit hatten die sozial- und freidemokratischen Bildungspolitiker beschlossen, den Verband Deutscher Studentenschaften (VDS), den DKP-nahen Spartakus und den Sozialistischen Hochschulbund (SHB) wie andere Studenten-Organisationen und Verbände auch zu dem Entwurf eines Hochschulrahmengesetzes anzuhören. Erbst lehnte der CSU-Mann ab: „Das ist unter der Würde des deutschen Parlaments.“ Doch die Ausschluß-Mehrheit will sich den Widerstand ihres Vorsitzenden nicht gefallen lassen. SPD-MdB Günter Wichert fordert: „Wenn Herr Probst sich nicht in der Lage sieht, Mehrheitsbeschlüsse auszuführen, soll er doch gehen.“

Parlament oder Prunkbau?

Ein neues Gebäude für 100 bis 150 Millionen Mark wollen sich die NRW-Abgeordneten in den nächsten Jahren in Düsseldorf bauen lassen. Gegen ihren Koalitionspartner SPD setzten die Li-



Massaker an kambodschanischen Frauen und Kindern

durch die Regierungstruppen des Marschalls Lon Nol dauern immer noch an, obwohl Gerüchte von einer chinesisch-amerikanischen Übereinkunft zur Beendigung des Indochina-Krieges berichten. Während die „Kö-

nigliche Regierung der Nationalen Union von Kambodscha“ (Grunc) unter dem im Peking Exil lebenden Prinzen Norodom Sihanouk immer mehr Anhänger in der Bevölkerung findet und sämtliche Grunc-Minister



schon in Gebieten sind, die von kommunistischen Partisanen kontrolliert werden, terrorisierten Lon Nols Soldaten Zivilisten durch Greuelthaten — so an der Nationalstraße 4, vierzig Kilometer südwestlich der Hauptstadt Phnom Penh, wo Regimetreue wehrlose Frauen niedermetzten (l.) und Verwundete mit Spaten erschlugen (r.).

beralen gemeinsam mit der CDU-Op-
position 18 Millionen Mark für den
Ankauf eines Grundstücks im Landes-
etat 1974 ein. Einzig FDP-Innenmini-
ster Willi Weyer stimmte mit der SPD
gegen den Landtagsneubau; FDP-Wirt-
schaftsminister Horst-Ludwig Riemer
hatte sich vor der Entscheidung ge-
drückt — er war „Akten holen“. Wäh-
rend FDP-Fraktionschef Hans Koch
über „Ratten und Mäuse“ im fast
100jährigen Gebäude klagte, hielt es
SPD-Fraktionsgeschäftsführer Dieter
Haak „in dieser Situation für unverant-
wortlich, einen Prunkbau zu beschlie-
ßen“. Sollte der Grundstein für das
Millionen-Projekt am Rhein tatsächlich
gelegt werden, wäre er der Schlußstein
zu einem Parlaments-Puzzle, das seit
1954 in Düsseldorf in Permanenz ge-
spielt wird. Erst vor zwei Jahren noch
war zur Abhilfe der Raumnot im Parla-
ment für 12 Millionen Mark ein neues
Büro- und Garagenhaus errichtet wor-
den — durch einen 120 Meter langen
Fußgängertunnel mit dem alten Stände-
haus verbunden.

Gefährliches Projekt

Nicaraguas Führer Anastasio Somoza
will die im Dezember vergangenen Jah-
res zu 80 Prozent zerstörte Hauptstadt
Managua an gleicher Stelle wieder auf-
bauen lassen — allen Experten-War-
nungen zum Trotz. Nach dem Plan
eines mexikanischen Architektenteams
soll die bestehende Infrastruktur der al-
ten Stadt erhalten bleiben; Grünflächen
und große Parks werden über geologi-
sche Mängel hinweghelfen, denn Fach-
leute hatten errechnet, daß Managua
genau über dem Schnittpunkt tektoni-
scher Bruchstellen liegt. Nutznießer die-
ses Projekts, das bereits vom Parlament
gebilligt wurde und für das die Welt-
bank und andere Institutionen rund 400
Millionen Dollar in Aussicht gestellt
haben, ist vor allem Somoza selbst: Sei-
ne Familie besitzt etwa ein Drittel der
nutzbaren Fläche im Land sowie rund
die Hälfte der Grundstücke in der alten
Hauptstadt.

Zitat

„Sollte der Angeklagte auch die letzte
Chance vertun und damit zeigen, daß
ihm der Weg des Verbrechens vor-
schwebt, dann sei ihm gesagt, daß auch
heute die Wiedereinführung der Todes-
strafe nicht auszuschließen ist und daß
dann der Weg des Verbrechens in einer
Gaskammer enden kann.“ (Richter Jo-
sef Lambach in einem Schöffengerichts-
urteil des Mainzer Amtsgerichts, Ak-
tenzeichen Ag Mz 2 Ls 95/73).



Skyline Omnia

Silhouette eines erfolgreichen Bausystems

Das Bausystem

OMNIA-Bewehrungen
OMNIA-Großflächenplatten
OMNIA-Streifenplatten
OMNIA-Schalendecken
OMNIA-Hohlkörperdecken
OMNIA-Wandplatten
OMNIA-Treppen

Ausgereifte Konstruk-
tionen mit der Erfahrung
von Jahrzehnten

Für alle Objekte

Wohnanlagen. Verwal-
tungsgebäude und Indu-
striebauten. Hotels und
Geschäftshäuser. Universitäten,
Schulen, Kindergärten, Kranken-
anstalten und Sanatorien.
Ein- und Mehrfamilienhäuser.

Überall OMNIA.
Die Praxis beweist den Erfolg.
Dynamisch bauen.
Diese Konzeption verbindet
fast 500 OMNIA-Partner
in 45 Ländern miteinander.
Ein weltweiter Erfahrungs-
austausch bringt technischen
Fortschritt auf internationaler
Ebene.



BAUSYSTEM

Produktion und Beratung in allen Teilen der Welt. Ein
Bausystem mit großen Leistungen in allen Kontinenten.

Information:
RHEINBAU GMBH
OMNIA-DECKEN-ORGANISATION
62 Wiesbaden, Alexandrastraße 3-5
Telefon: (0 61 21) 8 40 21, Telex: 04 186 562